

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Rüdiger Pohl

Löhne und Beschäftigung im Ungleichgewicht

11. Jg./1978

3

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heißbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Löhne und Beschäftigung im Ungleichgewicht

Rüdiger Pohl

Die Wirkungen von Nominallohnänderungen auf die Beschäftigung werden im Rahmen von drei Modellansätzen untersucht.

(a) Im neoklassischen Ansatz sinkt durch eine Nominallohnsenkung auch der Reallohn, was die Beschäftigung erhöht. Inflexible Nominallöhne verhindern nach diesem Modell die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung.

(b) Diese Ansicht wird vom keynesianischen Ansatz kritisiert. Nach Keynes werden sinkende Nominallöhne möglicherweise von einem sinkenden Preisniveau begleitet. Der Reallohn bleibt dann im großen und ganzen unverändert mit der Folge, daß auch die Arbeitslosigkeit erhalten bleibt. Nominallohnsenkungen sind in diesem Modell ein zweifelhaftes Instrument zur Erhöhung der Beschäftigung.

(c) In den beiden Ansätzen (a) und (b) wird angenommen, daß die Unternehmer zum herrschenden Reallohn jene Arbeitsmenge einsetzen, bei der sie ihren Gewinn maximieren. Diese Annahme ist unrealistisch in Zeiten eines wirtschaftlichen Ungleichgewichtes, in denen die gewinnmaximale Produktionsmenge mangels ausreichender Nachfrage gar nicht abgesetzt werden kann. Eine solche Situation herrscht in der Bundesrepublik Deutschland seit 1974. Die moderne Ungleichgewichtsökonomik gibt diese Annahme auf. Es zeigt sich dann, daß Nominallohnsenkungen oder -erhöhungen allein keine Beschäftigungseffekte erzeugen, gleichgültig, ob sie mit oder ohne Änderungen der Reallöhne stattfinden. Vollbeschäftigung kann nur durch expansive Geld- und Fiskalpolitik wieder hergestellt werden. Freilich gelingt das nur, wenn der Reallohn auf der „richtigen“ Höhe liegt. Die Ermittlung des „richtigen“ Lohnniveaus in der Praxis ist schwierig. Einen pragmatischen Weg bietet vielleicht das hier vorgeschlagene Konzept der „mittelfristig orientierten Lohnpolitik“.

Gliederung

1. Einleitung
2. Vollbeschäftigung durch Lohnzurückhaltung?
 - 2.1 Die neoklassische Hypothese
 - 2.2 Die keynesianische Kritik
3. Lohnpolitik in einer ungleichgewichtigen Wirtschaft
 - 3.1 Wirkungsgrenzen der Lohnpolitik
 - 3.2 Wirkungsbeitrag der Lohnpolitik
 - 3.3 Nachfrageeffekte durch Lohnpolitik
4. Konsequenzen: Mittelfristig orientierte Lohnpolitik

1. Einleitung

In diesem Artikel wird untersucht, wie die Lohnpolitik in Zeiten eines Ungleichgewichtes auf die Beschäftigung wirkt. „Ungleichgewicht“ bezeichnet eine gesamtwirtschaftliche Lage, in der es an ausreichender Nachfrage mangelt, so daß die Produktionskapazitäten nicht ausgelastet werden können, und in der die wirtschaftlichen Erwartungen pessimistisch, also auf eine anhaltende krisenhafte Entwicklung gerichtet sind. Dieses Szenario beschreibt sicherlich realistisch die Situation in der Bundesrepublik Deutschland nach 1974.

Die wichtigsten Ergebnisse unserer Betrachtungen, deren theoretischen Hintergrund die moderne Ungleichgewichtsökonomik bilden wird, lassen sich in zwei Feststellungen zusammenfassen:

¹⁾ Vgl. Jahresgutachten 1977/78 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, z. B. Ziffer 288: „Aber die angebotspolitischen Möglichkeiten, die der Staat hat, reichen bei weitem nicht aus, womöglich die Lohnpolitik von der Hauptverantwortung für den Beschäftigungsgrad zu befreien“. Die Position der Deutschen Bundesbank kommt in vielen Vorträgen und Publikationen ihrer führenden Vertreter zum Ausdruck. Beispielsweise sprach Bundesbankpräsident Emminger von einer „Schlüsselrolle der Lohnentwicklung in der heutigen Lage“, während er von einer Politik „forcierter Nachfrageerhöhung“ nur einen „inflationistischen Strohuereffekt“ erwartete. Vgl. Emminger, O., Aktuelle wirtschaftspolitische Probleme, Vortrag vom 21. 10. 77, abgedruckt in: Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 72, 1977.

- Variationen der Lohnsätze allein genügen nicht, um Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Hierzu bedarf es einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik. Die Lohnpolitik kann folglich nicht die Hauptrolle im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit übernehmen.

- Dennoch ist die Lohnpolitik nicht etwa „unwichtig“. Damit nämlich geld- und fiskalpolitische Expansionsanstrengungen ihre volle Wirkung im Hinblick auf die Wiedererlangung eines hohen Beschäftigungsgrades entfalten können, müssen die Löhne die richtige Höhe haben. Sie dürfen weder „zu hoch“ noch „zu niedrig“ sein, und dafür muß die Lohnpolitik sorgen.

Diese Ergebnisse entsprechen nicht ohne weiteres dem herkömmlichen Verständnis von der konjunkturpolitischen Rollenverteilung. So hat beispielsweise der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1977/78 der Lohnpolitik die „Hauptverantwortung für den Beschäftigungsgrad“ zugeschoben.

Um die unterschiedlichen Positionen deutlich zu machen, werden wir in drei Stufen vorgehen. In Abschnitt 2 wird die traditionelle neoklassische Interpretation der Lohnpolitik als Beschäftigungspolitik mitsamt der keynesianischen Kritik daran rekapituliert. In Abschnitt 3 wird der keynesianische Ansatz gemäß den Vorstellungen der Ungleichgewichtsökonomik weiterentwickelt und eine Begründung für die obigen Ergebnisse geliefert. In Abschnitt 4 schließlich werden Konsequenzen aus den vorangegangenen Überlegungen im Hinblick auf die Ausgestaltung der Lohnpolitik gezogen.

2. Vollbeschäftigung durch Lohnzurückhaltung?

2.1 Die neoklassische Hypothese

Der Sachverständigenrat und die Deutsche Bundesbank sind die prominentesten Verfechter jener Meinung, wonach der Arbeitslosigkeit in Deutschland in erster Linie mit der Lohnpolitik, nicht (mehr) aber mit der Geld- und Fiskalpolitik beizukommen sei¹⁾. Die Bevorzugung der

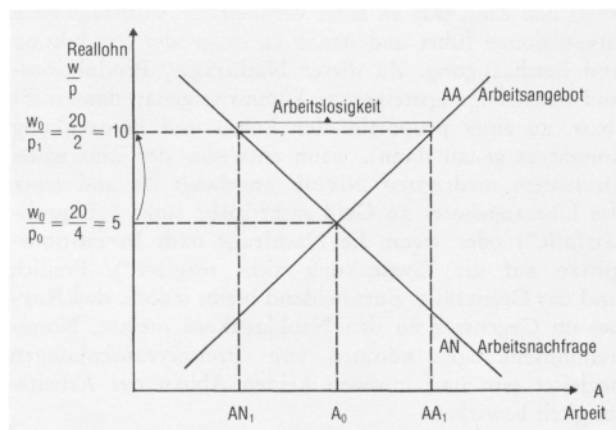
Lohnpolitik beruht auf der Annahme, daß in einer Marktwirtschaft jedes Gut abgesetzt werden kann – sofern nur der Preis dafür entsprechend niedrig angesetzt wird. Wenn also Arbeitslose keine Beschäftigung finden, dann muß das – so wird umgekehrt geschlossen – an der „Überteuierung“ der Arbeit, also an einem zu hohen Lohn liegen. Aufgabe der Lohnpolitik wäre es, eine Lohnsenkung bis zu dem Punkt herbeizuführen, an dem jeder Arbeitswillige Beschäftigung findet²⁾.

Die relative Unwirksamkeit der Geld- und Fiskalpolitik wird vor allem mit dem Hinweis auf fehlende Geldwertillusion begründet. Die Arbeitnehmer – so das Argument – würden bei expansiver Geld- und Fiskalpolitik mit steigenden Preisen rechnen und, um ihre Kaufkraft zu erhalten, mit erhöhten Lohnforderungen reagieren. Das nutzt den Arbeitslosen nicht, denn wenn sich die Unternehmen durch die erhöhten Preise (und damit verbesserten Gewinnaussichten) auch zur vermehrten Beschäftigung von Arbeitskräften stimuliert fühlen, so werden sie durch die höheren Löhne wieder entmutigt.

Diese Argumente entsprechen weitgehend einer neoklassischen Interpretation des Arbeitsmarktes. Wir wollen sehen, inwieweit dieses Denkschema den Verhältnissen in Deutschland angemessen ist.

In Abbildung 1 ist ein neoklassischer Arbeitsmarkt dargestellt³⁾. Die Kurve AA gibt das Arbeitsangebot der Arbeitskräfte an, welches um so größer ist, je höher der Reallohn w/p ist⁴⁾. AN ist die Arbeitsnachfrage der Unternehmen, die um so größer ist, je niedriger der Reallohn w/p ist. Das Symbol w gibt den Nominallohn,

Abbildung 1
Neoklassischer Arbeitsmarkt



p das Preisniveau an. Bei einem anfänglichen Nominallohn von $w_0 = 20$ DM und einem anfänglichen Preisniveau von $p_0 = 4$, also bei einem Reallohn von

2) In der Realität bedeutet der Ausdruck „Lohnsenkung“ bzw. „Preissenkung“ stets nur eine Senkung der Zuwachsraten von Löhnen und Preisen, nicht etwa eine Senkung des Lohn- bzw. Preisniveaus.
3) Die Darstellung gehört zum Standardrepertoire makroökonomischer Lehrbücher, vgl. zum Beispiel, *Stobbe, A.*, Gesamtwirtschaftliche Theorie, Berlin, Heidelberg, New York 1975.
4) Nicht der einzelne Arbeitnehmer wird bei steigendem Reallohn mehr arbeiten. Aber je höher der Lohn ist, desto mehr Hausfrauen werden eine bezahlte Berufstätigkeit aufnehmen, zum Beispiel als Teilzeitarbeit, desto unattraktiver scheint vorzeitige Pensionierung, desto stärker werden auch ausländische Arbeitskräfte angezogen.
5) Natürlich herrschte dabei nicht ein Reallohn von 5 DM. Diese Zahl ist rein hypothetisch.
6) Ein Modell solchen Typs findet man etwa bei *Buiter, W. H., H. R. Lorie*, Some Unfamiliar Properties of a Familiar Macroeconomic Model, *Economic Journal*, December 1977.

$w_0/p_0 = 5$ DM, herrscht Vollbeschäftigung, denn Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage stimmen bei diesem Reallohn überein. Die Zahl der Beschäftigten im Ausgangspunkt ist mit A_0 gekennzeichnet.

Ein solcher Vollbeschäftigungszustand herrschte in Deutschland noch bis zum Jahre 1973, mit Einschränkungen auch 1974⁵⁾. Nach 1973/74 kam es dann zu einem rapiden Rückgang der Auslandsnachfrage, und im Inland sorgte eine scharf restriktive Geldpolitik für eine verringerte Ausgabenneigung. Wie wirkt sich ein solcher Nachfragerückgang auf den Arbeitsmarkt in einer neoklassischen Welt aus? Es empfiehlt sich, drei Stufen der Anpassung zu unterscheiden.

1. *Stufe:* Der Nachfragerückgang reduziert – so wird gewöhnlich unterstellt – zunächst das Preisniveau p . Nehmen wir an, es werde von $p_0 = 4$ auf $p_1 = 2$ sinken. Die Preissenkung bewirkt bei zunächst noch unverändertem Nominallohn w_0 einen Anstieg des Reallohnes auf $w_0/p_1 = 20/2 = 10$ DM.

2. *Stufe:* Wegen des gestiegenen Reallohnes ist Arbeiten nun „attraktiver“, und das Arbeitsangebot steigt (von A_0 auf AA_1 in Abbildung 1). Für die Unternehmen ist die Arbeit jedoch teurer geworden, und folglich wird die Arbeitsnachfrage eingeschränkt (von A_0 auf AN_1). Da nunmehr das Arbeitsangebot größer ist als die Arbeitsnachfrage, entsteht Arbeitslosigkeit.

3. *Stufe:* In einer neoklassischen Welt würde nun infolge der Arbeitslosigkeit der Nominallohn w sinken, und zwar solange, bis wieder Vollbeschäftigung erreicht ist. In unserem Beispiel müßte der Nominallohn von $w_0 = 20$ auf $w_1 = 10$ sinken, denn bei diesem verringerten Nominallohn herrscht zusammen mit dem Preisniveau $p_1 = 2$ wieder das alte Reallohnniveau $w/p = 10/2 = 5$ DM, welches mit Vollbeschäftigung vereinbar war.

Wenn nun aber der Nominallohn – aus welchem Grund auch immer – nicht sinken kann und damit der Reallohn auf seinem erhöhten Niveau (von $w/p = 10$) verbleibt, dann wird auch die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt⁶⁾. Die Arbeit bleibt „überteuert“. Das ist die erste Teilthese: starre Nominallöhne verhindern den Abbau der Arbeitslosigkeit.

Aber vielleicht gibt es in dieser Situation einen Ausweg. Die zum Abbau der Arbeitslosigkeit nötige Reallohnsenkung könnte ja auch bei konstantem Nominallohn erreicht werden, nämlich einfach dadurch, daß das Preisniveau wieder angehoben wird. Nehmen wir an, das Preisniveau werde durch eine expansive Geld- und Fiskalpolitik wieder von $p = 2$ auf 4 erhöht, dann wird der Reallohn auch bei einem Nominallohn von $w = 20$ auf den Vollbeschäftigungswert $w/p = 5$ zurückfallen.

Aber gerade dieser Ausweg wird durch die zweite Teilthese, nämlich die These der fehlenden Geldwertillusion, ausgeschlossen. Die Arbeiter haben ja durch die anfängliche Preissenkung zunächst einmal eine Verbesserung, nämlich eine Reallohnsteigerung von $w/p = 5$ auf 10 erlebt. Wenn sie sich diesen Vorteil erhalten wollen, dann wird eine expansive Geld- und Fiskalpolitik verpuffen: bei einem Wiederanstieg der Preise von $p = 2$ auf 4 würden die Arbeiter nämlich entsprechende Nominallohnerhöhungen (von $w = 20$ auf 40) fordern, so daß der Reallohn trotz steigenden Preisniveaus auf dem „überhöhten“ Wert von $w/p = 40/4 = 10$ fixiert bliebe.

Fazit: Wenn es Kräfte gibt, die sich einem Rückgang des Nominallohnes bei bestehender Arbeitslosigkeit widersetzen und wenn diese Kräfte dann auch noch einen eventuellen Wiederanstieg der Preise zum Anlaß für zusätzliche Nominallohnforderungen nehmen, dann gibt es kein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit.

Neoklassische Interpreten neigen im allgemeinen dazu, in den Gewerkschaften derartige „Kräfte“ zu erblicken. Sie halten den Gewerkschaften vor, daß sie sich nicht dem „Spiel der Märkte“ unterwerfen wollen, sondern starr an überhöhten Lohnpositionen festhalten -- mit der Folge anhaltender Arbeitslosigkeit⁷). Aus dieser Sicht ergeben sich dann auch die beschäftigungspolitischen Rezepte: die Gewerkschaften müssen zu einer flexibleren Lohnpolitik gezwungen werden. Insbesondere muß durch eine größere Lohnzurückhaltung die Übersteuerung der Arbeit und damit die hauptsächlichliche Ursache der Arbeitslosigkeit beseitigt werden.

2.2 Die keynesianische Kritik

So plausibel die neoklassische Interpretation auf den ersten Blick auch erscheinen mag, so schwerwiegend sind doch ihre theoretischen und empirischen Mängel. Von diesen Mängeln soll nun die Rede sein.

Schon in den 30er Jahren hatte Keynes der neoklassischen Arbeitsmarktinterpretation den Vorwurf der Partialanalyse gemacht, der isolierten Betrachtung des Arbeitsmarktes, ohne seine Einbettung in das gesamtwirtschaftliche Gefüge⁸). Was bedeutet das? Bei der Darstellung der „dritten Stufe“ hatten wir stillschweigend Konstanz des Preisniveaus angenommen. Nur so konnte die Nominallohnsenkung überhaupt die gewünschte Reallohnsenkung bewirken. Damit wurde unterstellt, daß Änderungen des Nominallohnes von Änderungen des Preisniveaus isoliert werden können. Dies ist nun genau der Keynes'sche Punkt der Kritik. Keynes zeigte nämlich, daß Senkungen des Nominallohnes nichts am Arbeitsmarkt bewirken können, weil sie lediglich zu Senkungen des Preisniveaus, aber nicht zu Reallohnsenkungen führen würden⁹).

Betrachten wir unser Beispiel von oben (Abb. 1). Bei einem Reallohn $w/p = 10$ herrscht -- wie gezeigt -- Arbeitslosigkeit. Nehmen wir nun an, die Gewerkschaften würden sich unter diesen Umständen zu einer Nominallohnsenkung von $w = 20$ auf 10 bereiterklären. Wenn nun das Preisniveau infolge der Nominallohnsenkung von $p = 2$ auf 1 fällt, so verpufft die Nominallohnsenkung völlig: statt einer Reduzierung des Reallohnes von $w/p = 10$ auf 5 bleibt der Reallohn auf seinem Niveau von $w/p = 20/2 = 10/1 = 10$ ste-

hen. Keine noch so kräftige Lohnsenkung könnte unter diesen Umständen die Arbeitslosigkeit abbauen. Nicht die Annahme eines unbeweglichen Nominallohnes, sondern die Annahme eines proportional zur Lohnsenkung eintretenden Preisrückganges, d. h. die Annahme mehr oder weniger starrer Reallohne, macht den Gehalt des keynesianischen Systems aus.

Daraus folgen Konsequenzen für die Lohnpolitik: wie die Neoklassiker nahm auch Keynes an, daß die Arbeitslosigkeit auf einem „zu hohen“ Reallohn beruht. Anders als die Neoklassiker glaubte Keynes aber nicht, daß Nominallohnsenkungen zu dem erforderlichen Rückgang des Reallohnes führen würden. Da die Lohnpolitik sich aber nur auf die Bestimmung des Nominallohnes bezieht, muß sie beschäftigungspolitisch unwirksam bleiben. Auch zurückhaltende Nominallohnpolitik garantiert nicht Vollbeschäftigung. Aus dieser Sichtweise kann den Gewerkschaften nicht die „Schuld“ an der Arbeitslosigkeit zugeschoben werden, denn für die Starrheit des realen Lohnniveaus tragen die Gewerkschaften keine Verantwortung.

Wie kann man sich nun eigentlich erklären, daß sinkende Nominallöhne zu einem sinkenden Preisniveau (und nicht zu einem sinkenden Reallohn) führen? Die einfachste Erklärung wäre, daß Unternehmen ihre Preise auf der Basis von (Lohn)Kosten kalkulieren, was zu mehr oder weniger proportionalen Veränderungen des Nominallohnes und der Preise führt. Die kompliziertere Standarderklärung lautet so: eine Lohnsenkung reduziert die Güternachfrage und damit bei gegebenem Güterangebot zunächst das Preisniveau. Infolge der Lohn- und Preis-senkung werden für Zahlungen weniger Geldmittel benötigt, so daß bei gegebener Geldmenge ein Überangebot an Geld zustandekommt. Dieses Überangebot an Geld senkt den Zins, was zu einer vermehrten Nachfrage nach Investitionen führt und damit zu steigender Produktion und Beschäftigung. Zu dieser Nachfrage-, Produktions- und Beschäftigungssteigerung kommt es genau dann nicht (bzw. zu einer proportionalen Lohn- und Preissenkung kommt es genau dann), wenn entweder der Zins schon an seinem niedrigsten Niveau angelangt ist und trotz des Überangebotes an Geld nicht mehr sinkt („Liquiditätsfalle“) oder wenn die Nachfrage nach Investitionsgütern auf die Zinssenkung nicht reagiert¹⁰). Freilich sind das Grenzfälle. Entscheidend bleibt jedoch, daß Keynes im Gegensatz zu den Neoklassikern meinte, Nominallohnsenkungen könnten von Preisniveausenkungen begleitet sein und insoweit keinen Abbau der Arbeitslosigkeit bewirken.

Neben dem von Keynes aufgezeigten theoretischen Mangel der neoklassischen Arbeitsmarktinterpretation (Isolierung der Preisbewegungen von Nominallohnbewegungen) gibt es noch empirische Einwände -- die aber die neoklassische wie die Keynes'sche Position gleichermaßen betreffen. In beiden Ansätzen wird nämlich eine strenge Gleichläufigkeit von Reallohn und Arbeitslosigkeit behauptet, die in der Realität so nicht zu beobachten ist.

Nach der theoretischen Konzeption, wie sie zum Beispiel in Abbildung 1 zum Ausdruck kommt, ist der Übergang von Vollbeschäftigung zu Arbeitslosigkeit mit einem Reallohnanstieg verknüpft. So wurde auch bei der oben dargestellten ersten Stufe argumentiert (Nachfragerückgang induziert Preisrückgang und damit steigenden Reallohn, was Arbeitslosigkeit entstehen läßt). Diese Inter-

7) Ein typischer Vertreter dieser Haltung ist Haberler, G., Stagflation — Eine Analyse ihrer Ursachen und ihrer Bekämpfung, *Ordo*, Band 27, 1976, S. 81 ff. Noch ein anderes Erklärungsmuster wenden neoklassische Interpreten an. Statt Arbeitslosigkeit mit starren Löhnen zu begründen, wird die Existenz unfreiwilliger Arbeitslosigkeit schlechthin in Frage gestellt und die Arbeitslosigkeit statt dessen zu einem „natürlichen“ Phänomen erklärt. Vgl. kritisch dazu Rothschild, K. W., Arbeitslose: gibt's die?, *Kyklos*, 1978, S. 21 ff.

8) Vgl. Keynes, J. M., *The General Theory of Employment, Interest, and Money*, London 1936 (zitiert nach der 15. Auflage von 1974), S. 258 f., 261; zur Interpretation Leijonhufvud, A., *On Keynesian Economics and the Economics of Keynes*, London 1966, zitiert nach deutscher Fassung: *Über Keynes und den Keynesianismus*, Köln 1973.

9) Vgl. Weintraub, E. R., S. Weintraub, *The Full Employment Model: A Critique*, *Kyklos*, 1972, S. 83 ff. Patinkin, D., *Keynes Monetary Thought*, Durham 1976, (Kapitel 9 ff.). Keynes selbst schloß sogar den Fall steigender Reallohne bei Nominallohnsenkungen nicht aus (1936, S. 260).

10) Vgl. Patinkin, D., (1976, S. 105 f.). Faktisch wird hiermit die Existenz autonomer Nachfragekomponenten angenommen, wie Korliras, P. G., *On the Theory of Macroeconomic Quasi-Equilibria*, *Zeitschrift für Nationalökonomie*, 36 (1976), S. 269—286 gezeigt hat.

pretation steht empirisch auf recht schwachen Füßen. Einige Hinweise mögen genügen. Von 1965 bis 1967 nahm in der Bundesrepublik Deutschland die Arbeitslosigkeit zu, obwohl sich gleichzeitig die (Zuwachsrate der) Reallöhne kräftig verringerten. Der Übergang von der Phase hohen Beschäftigungsgrades 1972/74 zur Krisenphase 1975/77 war ebenfalls mit einem deutlichen Rückgang des Reallohnanstiegs verknüpft. Und umgekehrt: der Abbau der Arbeitslosigkeit in der Phase 1967/69 war mit einer starken Beschleunigung im Anstieg des Reallohnes verbunden. Und in den Jahren ab 1975 blieb die Arbeitslosenquote in Deutschland einigermaßen stabil, obwohl die Reallöhne schwankten. Dies alles läßt nicht auf eine sehr systematische Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Reallohn schließen. Variationen des Beschäftigungsgrades scheinen auch ohne Reallohnbewegungen möglich zu sein.

Noch ein weiteres Beispiel zeigt die Schwäche der Reallohnargumentation. Die Ölkrise von 1973 brachte einen weltweiten Inflationsauftrieb mit sich. Nimmt man an, daß die Löhne nicht überproportional der Inflation angepaßt wurden, so folgt aus dem ölpreisbedingten Preisauftrieb eine Reallohnsenkung, die nach der Reallohnregel eigentlich die Beschäftigung verbessern würde. Kaum jemand wird sich diesem Ergebnis anschließen, denn das Gegenteil – Bedrohung der Vollbeschäftigung durch die Ölkrise – erscheint plausibler.

Diese Hinweise zeigen, daß die herkömmliche Arbeitsmarktinterpretation ergänzungsbedürftig ist. Man benötigt eine Arbeitsmarktkonzeption, die die strenge Verknüpfung von Reallohn und Arbeitslosigkeit aufgibt. Ein solcher Ansatz wird von der modernen Ungleichgewichtsökonomik angeboten.

3. Lohnpolitik in einer ungleichgewichtigen Wirtschaft

3.1 Wirkungsgrenzen der Lohnpolitik

Wir wollen den Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seit 1973/74 mit dem Instrumentarium der modernen Ungleichgewichtsökonomik interpretieren und dabei insbesondere auf die Lohnpolitik eingehen. Die moderne Ungleichgewichtsökonomik basiert auf der keynesianischen Wirtschaftslehre und entwickelt diese weiter. Die konzeptionell wichtigsten Beiträge zur Ungleichgewichtsökonomik stammen von Patinkin (1956), Clower (1965), Leijonhufvud (1966), Barro/Grossman (1971).^{10a)}

Das für unsere Betrachtung wichtigste Kennzeichen der Ungleichgewichtsökonomik ist deren Annahme, daß Nominallöhne und Preise kurzfristig relativ starr sind. Dafür herrschen – so wird realistischereweise angenommen – kurzfristig Mengenreaktionen vor. Beispielsweise wird ein Unternehmer bei einem Nachfragerückgang entgegen neoklassischer Vorstellungen nicht unverzüglich mit Preissenkungen reagieren, sondern zunächst einmal die Preise unverändert lassen und sich vorerst mit einer Produktionseinschränkung, verbunden mit einer Reduktion

des Arbeitseinsatzes (Abbau von Überstunden, Nichtersetzen ausscheidender Arbeitnehmer, schließlich Entlassungen) behelfen. Die Bevorzugung derartiger Mengenreaktionen vor Preisreaktionen resultiert aus der Unsicherheit und den Informationsmängeln, unter denen die Wirtschaftssubjekte handeln müssen. Um in unserem Beispiel zu bleiben: der Unternehmer weiß ja zunächst nicht genau, ob der Nachfragerückgang vorübergehend oder dauerhaft sein wird. Erst wenn sich nach einiger Zeit der Nachfragerückgang (vielleicht) als dauerhaft erweist, wird es auch zu einer Preisanpassung kommen. Diese scheinbar geringfügige Modifikation der Ungleichgewichtsökonomik gegenüber der neoklassischen Welt, nämlich die Betonung der Mengenreaktionen statt der Preisreaktionen, ändert das Erklärungsmuster für wirtschaftliche Krisen erheblich.

Die „Güte“ der ungleichgewichtsökonomischen Interpretation wird man an ihrer Aussagefähigkeit im Hinblick auf die konkrete wirtschaftliche Lage bemessen müssen. Die Lage in der Bundesrepublik Deutschland ist – wie bereits erwähnt – vor allem durch drei Merkmale gekennzeichnet:

- (a) Nachfragemangel nach 1974, verbunden mit ausgeprägtem Erwartungspessimismus,
- (b) starker Inflationsauftrieb 1973/74, vor allem in Folge der Ölkrise,
- (c) weitgehend fehlende Geldwertillusion.

Welche Schlußfolgerungen zieht hieraus die Ungleichgewichtsökonomik?

Abbildung 2
Arbeitsmarkt in der Ungleichgewichtsökonomik

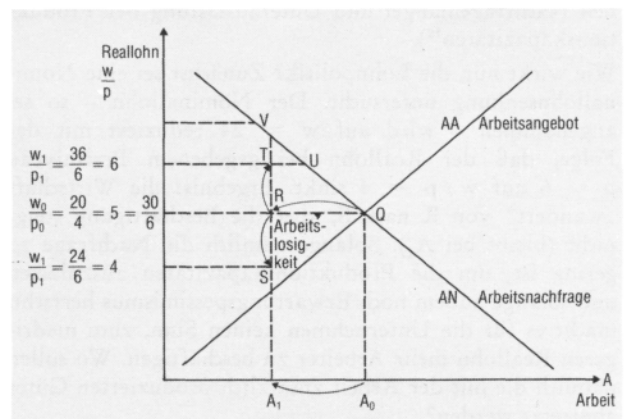


Abbildung 2 enthält, wie schon Abbildung 1, eine Arbeitsangebotskurve AA und eine Arbeitsnachfragekurve AN . Startpunkt sei wie in Abbildung 1 eine Situation à la 1973: Vollbeschäftigung (A_0) bei einem Reallohn w_0/p_0 . Nun kommt es zu einem Nachfragerückgang wie nach 1973/74 (Merkmal a). Was passiert?

1. Stufe: Im Gegensatz zur neoklassischen Interpretation gehen wir jetzt davon aus, daß das Preisniveau p infolge des Nachfragerückgangs nicht sinkt. Im Gegenteil – es kommt zu einem Anstieg des Preisniveaus, nicht zuletzt durch die Ölkrise (Merkmal b). Nehmen wir zum Beispiel an, das Preisniveau steige von $p_0 = 4$ auf 6. Wegen der fehlenden Geldwertillusion (Merkmal c) werden darauf die Lohnforderungen angehoben. Es sei angenommen, die Löhne würden proportional von $w_0 = 20$ auf 30 erhöht. Zwei Dinge sind festzustellen:

^{10a)}Vgl. Patinkin, D., Money, Interest, and Prices, Evanston 1956, zit. 2. Aufl., New York 1965. Clower, R. W., The Keynesian Counter-Revolution: A Theoretical Appraisal, in Hahn, F. H., F. Brechling, (Hrsg.), The Theory of Interest Rates, London 1965, zitiert nach Wiederabdruck in: Clower, R. W. (Hrsg.), Monetary Theory, Harmondsworth 1973, S. 270 ff. Leijonhufvud, A., a. a. O. Barro, R. /., H. G. Grossman, A General Disequilibrium Model of Income and Employment, American Economic Review, 1971, S. 82 ff.

- die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ist zurückgegangen,
- aber der Reallohn ist unverändert geblieben mit $w/p = 20/4 = 30/6 = 5$, weil sich Preisniveau und Nominallohn proportional erhöht haben.

2. Stufe: Wegen der gesunkenen Nachfrage werden die Unternehmen die Produktion einschränken und Arbeitskräfte entlassen¹¹⁾. In Abbildung 2 wird nun nicht mehr der Vollbeschäftigungspunkt Q, sondern der Unterbeschäftigungspunkt R realisiert. Beim unveränderten Reallohn werden wegen gesunkener Nachfrage weniger Arbeitskräfte (nämlich A_1 statt A_0) beschäftigt.

Vergleicht man die Abbildungen 1 und 2, so wird der rein formale Unterschied zwischen der neoklassischen und der ungleichgewichtsökonomischen Arbeitsmarktinterpretation deutlich. Im neoklassischen Ansatz wird angenommen, daß die Unternehmen nur Punkte auf ihrer Arbeitsnachfragefunktion AN realisieren. Im ungleichgewichtsökonomischen Ansatz wird bei einem Konjunkturreinbruch dagegen die Arbeitsnachfragefunktion „verlassen“. Das hat folgenden Grund: die Arbeitsnachfragefunktion AN gilt für einen Unternehmer, der seinen Gewinn maximieren will und der davon ausgeht, daß er seine gesamte Güterproduktion auch absetzen kann. Gerade diese letzte Annahme ist nach Auffassung der Ungleichgewichtsökonomik in einem Konjunkturtief unrealistisch. Wenn ein Unternehmer aber die Gütermenge, die er zum gegebenen Reallohn produziert, nicht voll absetzen kann, so wird er seine Produktion einschränken, um unerwünschte Lagerbildung zu vermeiden. Er realisiert dann Produktionspunkte „links“ von der Arbeitsnachfragefunktion oder anders ausgedrückt: alle Punkte links von der Arbeitsnachfragekurve kennzeichnen Nachfragemangel und Unterauslastung der Produktionskapazitäten¹²⁾.

Wie wirkt nun die Lohnpolitik? Zunächst sei eine Nominallohnsenkung untersucht. Der Nominallohn – so sei angenommen – wird auf $w = 24$ reduziert mit der Folge, daß der Reallohn bei gegebenem Preisniveau $p = 6$ auf $w/p = 4$ sinkt. Ergebnis: die Wirtschaft „wandert“ von R nach S, aber die Beschäftigung steigt nicht (bleibt bei A_1). Solange nämlich die Nachfrage zu gering ist, um die Produktionskapazitäten auszulasten und solange zudem noch Erwartungspessimismus herrscht, macht es für die Unternehmen keinen Sinn, zum niedrigeren Reallohn mehr Arbeiter zu beschäftigen. Wo sollen nämlich die mit der Arbeit zusätzlich produzierten Güter abgesetzt werden?

Wir kommen nun zu einer Lohnerhöhung. Die Tarifkontrahenten vereinbaren bei unverändertem Preisniveau $p = 6$ einen Nominallohnanstieg von $w = 30$ auf 36, wodurch der Reallohn auf $w/p = 6$ steigt. Ergebnis: die Wirtschaft „wandert“ von R nach T, aber die Beschäftigung bleibt gleich (nämlich bei A_1). Zum Reallohn von $w/p = 6$ würden die Unternehmer ja eigentlich eine dem Punkt U auf ihrer Arbeitsnachfragefunktion AN entsprechende Arbeitsmenge beschäftigen wollen. Sie tun das aber nicht, weil das Nachfragevolumen

11) Wir haben hier nicht den Grund für den Nachfragerückgang festgelegt. Gründe können sein: geldpolitische Restriktionen, weltweiter Konjunkturreinbruch, aber auch die dämpfenden Wirkungen der durch die Ölkrise ausgelösten Preisexplosion.
 12) Vgl. Patinkin (1956, S. 319).
 13) In beiden Fällen haben wir ein konstantes Preisniveau p angenommen. Unterstellt man dagegen – näher zu Keynes –, daß das Preisniveau dem Nominallohn folgt, so wird Punkt R in Abb. 2 nicht verlassen.
 14) Die hier implizierte Bedingung, wonach Lohnänderungen keinerlei Nachfrageeffekte haben, wird in Abschnitt 3.3 aufgehoben.

nur für A_1 Arbeiter Beschäftigung hergibt. Erst wenn der Reallohn noch weiter erhöht wird und zum Beispiel eine dem Punkt V in Abbildung 2 entsprechende Höhe erreicht, greift wieder die Kostenbeschränkung, d. h. kommt es neben den durch Nachfragemangel bedingten Entlassungen auch noch zu Entlassungen wegen zu hoher Lohnkosten¹³⁾.

Diese Betrachtung können wir in einer ersten These zusammenfassen: *Wenn in einer Wirtschaft durch Nachfragemangel und Erwartungspessimismus Arbeitslosigkeit zustande kommt, so kann die Arbeitslosigkeit durch die Lohnpolitik nicht abgebaut werden. Weder nominale noch reale Lohnsenkungen oder Lohnerhöhungen vermögen dann zu mehr Beschäftigung zu führen¹⁴⁾. Hier hilft allein eine Geld- und Fiskalpolitik, die den Erwartungspessimismus bricht und für vermehrte Nachfrage sorgt.*

3.2 Wirkungsbeitrag der Lohnpolitik

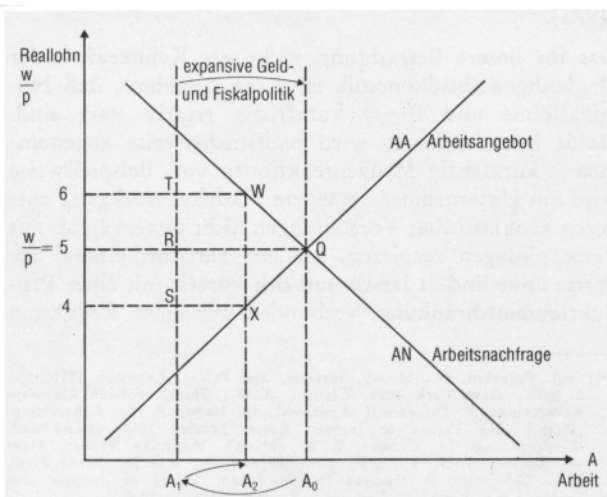
An dieser Stelle wird sich mancher verwundert fragen, ob es denn nun auf die Lohnpolitik überhaupt nicht ankomme, die Lohnhöhe für die Beschäftigung also völlig unbedeutend sei. Damit eine solche Fehlinterpretation der ersten These gar nicht erst einsetzt, sei gleich die zweite These angeführt. Sie ist gewissermaßen eine Umkehrung der ersten These und lautet: *Die durch eine expansive Geld- und Fiskalpolitik bewirkte Nachfragebelebung kann nur dann zu einem vollständigen Abbau der Arbeitslosigkeit führen, wenn der Reallohn weder „zu hoch“ noch „zu niedrig“ ist. Die Aufgabe der Lohnpolitik ist es, zu hohe wie zu niedrige Reallohne zu verhindern.*

Die Begründung dieser These und vor allem die Deutung der Begriffe „zu hoch“ und „zu niedrig“ wird mit Hilfe von Abbildung 3 vorgenommen.

Durch expansive Geld- und Fiskalpolitik sei wieder so viel zusätzliche Nachfrage geschaffen worden, daß das Arbeitsangebot beschäftigt werden könnte. Wie hoch muß nun der Reallohn sein, damit, vom Unterbeschäftigungspunkt R ausgehend, auch tatsächlich der Vollbeschäftigungspunkt Q erreicht werden kann?

Wie man der Abbildung 3 entnehmen kann, wird der Vollbeschäftigungspunkt Q nur dann realisiert, wenn der Reallohn sich gegenüber seinem anfänglichen Niveau

Abbildung 3
Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik am Arbeitsmarkt aus der Sicht der Ungleichgewichtsökonomik



(dem Vollbeschäftigungsniveau) nicht geändert hat, also bei $w/p = 5$ geblieben ist.

Ist jedoch der Reallohn in der Zeit der Arbeitslosigkeit erhöht worden, z. B. auf $w/p = 6$, dann wird die Vollbeschäftigung trotz ausreichender Nachfrage nicht realisiert. Die Unternehmer sind nämlich zu dem hohen Reallohn nur bereit, entsprechend ihrer Arbeitsnachfragekurve AN die Arbeitsmenge A_2 statt A_0 zu beschäftigen (Punkt W). Der Reallohn ist „zu hoch“¹⁵⁾. Ist der Reallohn in der Zeit der Arbeitslosigkeit gesenkt worden, z. B. auf $w/p = 4$, dann wird das Arbeitsvolumen A_0 trotz ausreichender Nachfrage ebenfalls nicht realisiert. Die Arbeitskräfte sind nämlich zu diesem niedrigeren Reallohn nur bereit, entsprechend ihrer Arbeitsangebotskurve AA das Arbeitsvolumen A_2 statt A_0 anzubieten (Punkt X)¹⁶⁾. Der Reallohn ist „zu niedrig“. Damit die expansive Geld- und Fiskalpolitik auch wirklich voll greifen kann, müßte der Reallohn von der Lohnpolitik auf dem Vollbeschäftigungsniveau $w/p = 5$ gehalten werden¹⁷⁾. Fazit: Arbeitslosigkeit aus Nachfragemangel kann durch die Lohnpolitik nicht beseitigt werden, aber immerhin schafft die Lohnpolitik eine Voraussetzung dafür, daß expansive Geld- und Fiskalpolitik das bewirken kann.

3.3 Nachfrageeffekte durch Lohnpolitik

In den letzten beiden Abschnitten wurde vereinfachend angenommen, daß Änderungen der Löhne nicht auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wirken. Mit anderen Worten stand der Lohn als Kostenfaktor im Vordergrund. Doch spielen gerade die vermuteten Nachfrageeffekte von Lohnänderungen in der öffentlichen Debatte eine Rolle, und auch der Sachverständigenrat widmete ihnen in seinem Jahresgutachten 1977/78 einige Seiten¹⁸⁾. Der Rat behauptete positive Nachfrageeffekte sogar für den Fall, daß Löhne und Preise proportional sinken würden: die reale Kaufkraft der Bezieher von fixen Nominaleinkommen (Renten, Vermögenseinkommen) würde nämlich steigen.

Diese Argumente sind nicht neu, genaugenommen schon älter als 40 Jahre. Schon Keynes hatte sie 1936 in seiner General Theory behandelt – und verworfen¹⁹⁾. Keynes liefert eine Fülle von Argumenten dafür, daß der Einfluß von Lohnänderungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage höchst zweifelhaft ist. Es lohnt sich, die entsprechenden Passagen bei Keynes zur Kenntnis zu nehmen. Sieben Effekte einer Lohnsenkung schienen Keynes besonders wichtig (analog ist eine Lohnerhöhung zu behandeln)²⁰⁾:

- 15) Der Punkt W beschreibt eine Lage, in der die Unternehmen durch eine Nachfrageerhöhung nicht zu einer Produktionsausweitung veranlaßt werden können. Dies ist — nach allem, was man sieht — nicht die Konstellation in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren. Die deutsche Wirtschaftslage ist eher durch einen Punkt auf der Linie SRT zu beschreiben.
- 16) Frauen geben ihre bezahlte Berufstätigkeit auf, vorzeitige Pensionierungen werden attraktiver, Gastarbeiter bleiben weg, die Arbeitszeit wird allgemein verkürzt.
- 17) Es sei aber nochmals betont, daß der richtige Reallohn allein die Vollbeschäftigung nicht garantiert. Wenn bei Vollbeschäftigung Preisniveau und Nominallohn proportional erhöht werden, so bleibt der Reallohn unverändert auf seinem „richtigen“, d. h. dem Vollbeschäftigungsniveau. Wenn gleichzeitig infolge des Preisanstiegs die Nachfrage zurückgedrängt wird, entsteht Arbeitslosigkeit. Wir haben dann eine Situation, in der der Reallohn zwar auf der „richtigen“ Höhe liegt, jedoch das Preisniveau „zu hoch“ ist, vgl. Sampson, A. A., R. Sedwick, Wages, Prices, and Employment in General Disequilibrium, Oxford Economic Papers, Juli 1977, S. 206 ff.
- 18) Jahresgutachten 1977/78, Ziffer 236 ff., 288 ff.
- 19) Keynes (1936, S. 258).
- 20) Keynes (1936, S. 262 ff.).

(1) *Umverteilungseffekt*: Lohnsenkungen bewirken Gewinnsteigerungen, was die Nachfrage dämpft, weil aus Löhnen mehr konsumiert wird als aus Gewinnen.

(2) *Internationale Wettbewerbseffekte*: Lohnsenkungen im Inland erhöhen die internationale Konkurrenzfähigkeit, sofern dies nicht durch Handelsbeschränkungen zu-nichte gemacht wird (heute würden wir sagen: sofern der Lohnkostenvorteil nicht durch Aufwertungen verloren geht).

(3) *Terms-of-Trade-Effekt*: Lohnsenkungen im Inland und entsprechende Exportpreissenkungen verschlechtern die Terms-of-Trade des Inlandes, d. h. die inländischen Realeinkommen sinken, wodurch die Nachfrage gedämpft wird.

(4) *Erwartungseffekt*: Erwarten die Unternehmer, daß Lohnsenkungen heute weitere Lohnsenkungen morgen folgen werden, so werden sie ihre Investitionen einschränken (Arbeit wird dann ja immer billiger), die Nachfrage sinkt. Das Gegenteil tritt ein, wenn künftig wieder verstärkte Lohnanhebungen erwartet werden.

(5) *Zinseffekt*: Wenn Löhne und Preise sinken, wird weniger Geld für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs benötigt, der Zins kann sinken, und das regt dann unter Umständen die Investitionsnachfrage an.

(6) *Stimmungseffekt*: Lohnsenkungen verbessern die Stimmung der Unternehmen, die bei den Gewerkschaften vielleicht „Einsicht“ in die Notwendigkeit höherer Gewinne vermuten. Das hebt die Investitionsnachfrage. Andererseits können Lohnsenkungen die Streiklust der Arbeiter erhöhen, was das Klima wieder verschlechtert.

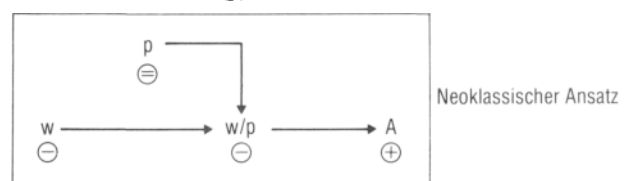
(7) *Schuldeneffekt*: Niedrigere Löhne und Preise lassen die reale Schuldenlast der überwiegend ja mehr oder weniger hoch verschuldeten Unternehmen ansteigen, was deren Investitionslust und damit die Nachfrage dämpft.

Diese Argumente lassen zusammengenommen nur einen Schluß zu: daß sich nicht eindeutig sagen läßt, ob Lohnerhöhungen oder Lohnsenkungen zu einer Zunahme oder zu einer Abnahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage führen. Praxisargumente, man brauche hohe Löhne für hohe Nachfrage bzw. es gebe auch über niedrigere Löhne und niedrigere Preise mehr Nachfrage, stehen gleichermaßen auf tönernen Füßen. Zumindest überzeugen sie nicht, solange aus dem Katalog der möglichen Effekte nur die jeweils „passenden“ herausgefiltert werden und andere in der Begründung ignoriert werden. Nachfragesteuerung mittels Lohnpolitik bleibt ein gewagtes Spiel, solange sich die Nachfrageeffekte der Lohnänderungen nicht sicher prognostizieren lassen.

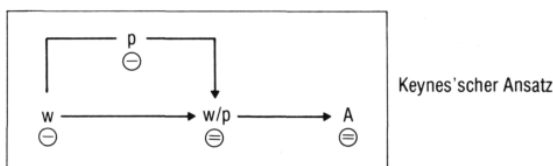
4. Konsequenzen: Mittelfristig orientierte Lohnpolitik

Wir haben nunmehr drei verschiedene Auffassungen zum Komplex Löhne und Beschäftigung kennengelernt und wollen diese noch einmal kurz zusammenfassen.

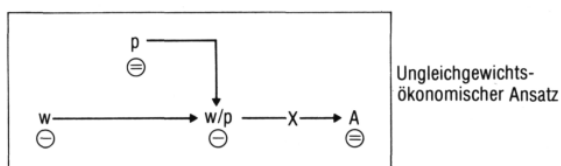
Der neoklassische Ansatz besagt, daß eine Nominallohnsenkung (w) den Reallohn (w/p) reduziert und dadurch die Beschäftigung (A) erhöht. Unterstellt wird ein konstantes Preisniveau (p):



Der Keynes'sche Ansatz besagt, daß eine Nominallohnsenkung das Preisniveau reduziert. Folglich bleibt der Reallohn im großen und ganzen konstant, so daß sich der Arbeitseinsatz nicht erhöht:



Der ungleichgewichtsökonomische Ansatz besagt, daß eine Nominallohnsenkung, selbst wenn sie bei konstantem Preisniveau den Reallohn reduziert, nicht auf das Arbeitsvolumen wirkt, weil der Arbeitseinsatz in einem Konjunkturtief vom Reallohn unabhängig ist:



Man kann den keynesianischen und den ungleichgewichtsökonomischen Ansatz kombinieren, doch beide sind mit dem neoklassischen Ansatz unvereinbar.

Die geschilderten Beziehungen zwischen Löhnen und Beschäftigung im Ungleichgewicht lassen für die konjunkturpolitische Rollenverteilung insbesondere zwei Schlussfolgerungen zu.

- Der Lohnpolitik darf nicht die Hauptrolle im Kampf um weniger Arbeitslosigkeit zugeteilt werden, weil sie diese Rolle nicht spielen kann. Die beschäftigungsstimulierenden Impulse müssen von der Geld- und Fiskalpolitik herkommen, weil nur diese Erfolg versprechen.

- Dennoch ist die Lohnpolitik nicht unwichtig. Wie wir gezeigt haben, können „zu hohe“ ebenso wie „zu niedrige“ Löhne einer geld- und fiskalpolitischen Ausweitung der Beschäftigung im Weg stehen. Aufgabe der Lohnpolitik ist es mithin, das „richtige“ Lohnniveau zu finden und aufrechtzuerhalten.

Diese letzte Forderung ist in die lohnpolitische Praxis nun allerdings sehr schwer umzusetzen: es gibt ja leider in der Wirklichkeit nicht „das“ Lohnniveau, sondern lediglich eine Fülle von tariflichen und effektiven Einzellöhnen, deren Struktur und Höhe sich laufend ändern. So wird es im allgemeinen auch sehr schwer zu beurteilen sein, welche Struktur und Niveaus der Löhne „richtig“ sind. In dieser Lage könnte man mit Hilfe einer umfangreichen empirischen Untersuchung versuchen, die vielen Einzellöhne zu einem Lohnniveau zusammenzufassen und dieses dann in Beziehung zur tatsächlichen Beschäftigungslage zu setzen. Ein befriedigender Versuch dieser Art liegt bislang noch nicht vor, und er wird sich auch nur schwer realisieren lassen. Der für manche (insbesondere neoklassisch orientierte) Interpreten naheliegende Schluß, schon die faktische Existenz von Arbeitslosigkeit sei ein empirischer Beleg für „überhöhte“ Löhne, ist nicht stichhaltig: weil, wie gezeigt, auch „zu niedrige“ Löhne mit weniger Beschäftigung verbunden sein können und weil

in einer ungleichgewichtigen, an Nachfragemangel leidenden Wirtschaft ohnehin kein strenger Zusammenhang zwischen Löhnen und Beschäftigung existiert.

Die praktische Lohnpolitik kann naturgemäß nicht warten, bis ihr (vielleicht einmal) qualifizierte Berechnungen über beschäftigungspolitisch angemessene Löhne vorgelegt werden. So bleibt ihr nur ein pragmatischer Weg. Das Ziel muß sein, trotz fehlender Kenntnis des im Hinblick auf die Beschäftigung richtigen Lohnes die Gefahr eines „falschen“ Lohnes eng zu begrenzen. Einen solchen Weg könnte eine „mittelfristig orientierte Lohnpolitik“ darstellen. Wir wollen einige Gesichtspunkte einer so konzipierten Lohnpolitik umreißen.

Die „mittelfristig orientierte Lohnpolitik“ orientiert sich an den mittelfristigen Wachstumsmöglichkeiten und der mittelfristig als unvermeidlich anzusehenden Inflationsrate. Die Basis für die konkrete Fixierung eines Lohnes bildet der Lohn in einem bestimmten Referenzzeitraum. Als Referenzzeitraum müßte eine Periode dienen, in der nach überwiegender Expertenmeinung ein Zustand der Vollbeschäftigung herrscht. Nimmt man beispielsweise die Jahre 1972/73 als Vollbeschäftigungszeitraum, so wäre der Referenzlohn einer Branche in dem Durchschnittslohn dieser Branche in den Jahren 1972/73 zu sehen.

Der Referenzlohn ist mit der Wachstumsrate des Produktionspotentials pro Erwerbsperson (als Ausdruck der Wachstumsmöglichkeiten) plus der mittelfristig als unvermeidlich anzusehenden Inflationsrate fortzuschreiben. Die so ermittelte Lohnsteigerungsrate ist mittelfristig verteilungsneutral, weil sie nur Produktivitätsanstieg und Inflation berücksichtigt. Die Tarifvertragsparteien könnten Zu- oder Abschläge zur verteilungsneutralen Lohnsteigerungsrate aushandeln²¹⁾.

Die „mittelfristig orientierte Lohnpolitik“ hat gegenüber der bisher praktizierten, kurzfristig orientierten Lohnpolitik den Vorteil, unter sonst gleichen Umständen näher zum beschäftigungspolitisch richtigen Lohn hinzuführen. Basis für die Lohnberechnung ist ja ein Vollbeschäftigungslohn, der entsprechend der Leistungsentwicklung der Wirtschaft fortgeschrieben wurde. In die kurzfristig orientierte Lohnpolitik geht dagegen der aktuelle, meist vom wirtschaftlichen Gleichgewicht weit entfernte Konjunkturstand ein. In „guten“ Jahren lassen sich hohe Lohnabschlüsse leicht durchsetzen, nicht zuletzt auch, weil sich die Unternehmer bei den Preisen schadlos halten. In „schlechten“ Jahren fällt es dann schwer, von den gewohnten hohen Steigerungsraten abzurücken. Die Schwierigkeit, konjunkturelle Lageänderungen rechtzeitig wahrzunehmen, führt meist zu einem beschäftigungspolitisch wenig erfreulichen Nachhinken der Lohnpolitik hinter der Konjunktur. Kurz: Alle Grundsätze, die sich zugunsten der mittelfristig orientierten Finanzpolitik und der mittelfristig orientierten Geldpolitik anführen lassen, gelten auch für die Lohnpolitik – und es ist zumindest erstaunlich, daß dieser Bereich der Konjunkturpolitik vom Gedanken mittelfristiger Orientierung bisher nicht tangiert wurde.

„Mittelfristig orientierte Lohnpolitik“ soll nicht den Verteilungskonflikt entschärfen, und sie kann das auch nicht. Als mittelfristige Werte gehen nur die Daten der wirtschaftlichen Leistungsentwicklung ein. Inwieweit der tatsächliche Lohnabschluß davon abweichen soll, um Umverteilungen zu erreichen, wird zwischen den Tarifparteien weiterhin strittig bleiben.

21) Zu überlegen wäre auch, ob in Zeiten starker struktureller Veränderungen bei der Lohnberechnung für einzelne Branchen eine mittelfristig erwartete Strukturkomponente für die einzelnen Branchen berücksichtigt werden sollte.

„Mittelfristig orientierte Lohnpolitik“ beseitigt auch nicht die Tarifautonomie. Wie bislang wären jährliche Tarifverhandlungen nötig – aber nicht, um den Lohn der jeweils aktuellen Konjunkturlage anzupassen, sondern um die Einschätzung der mittelfristig realisierbaren Inflationsrate zu überprüfen, eventuell zu revidieren und zwischen den Tarifparteien abzustimmen. In diesem Zusammenhang könnte eine konzertierte Aktion, die nunmehr aber auf die Abstimmung der mittelfristigen Prognosen der Gewerkschaften, Unternehmer und staatlichen Träger der Wirtschaftspolitik zu richten wäre, wieder sinnvoll werden.

„Mittelfristig orientierte Lohnpolitik“ würde die Tarifautonomie vermutlich sogar stärken. Die Lohnpolitik muß die in den letzten Jahren immer häufiger an sie gestellte Forderung, doch die Hauptrolle im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu übernehmen, enttäuschen. Wer nicht erkennt, daß die Lohnpolitik mit dieser Forderung grundsätzlich überfordert ist, wird den unvermeidlichen Mißerfolg bei der Bekämpfung der Unterbeschäftigung der Uneinsichtigkeit der Lohnpolitik zur Last legen und dann folgerichtig die Sinnhaftigkeit der Tarifautonomie überdenken. Derartigen Gefahren vermag die Lohnpolitik vielleicht am ehesten zu entgehen, wenn sie sich durch mittelfristige Orientierung vom konjunkturellen Auf und Ab abkoppelt und dadurch die konjunkturpolitische Hauptverantwortung abwehrt. Die Lohnpolitik könnte

sich dann darauf berufen, daß sie sich in der Nähe des „richtigen“ Lohnpfades bewegt, von dem abzuweichen Instabilität in die Wirtschaft tragen würde.

Ein letztes Argument zugunsten „mittelfristig orientierter Lohnpolitik“ sei angeführt. Immer deutlicher treten in der Bundesrepublik jene Probleme zu Tage, die aus dem rasanten technologischen Wandel am Arbeitsmarkt resultieren. Dabei läßt sich noch keineswegs ganz klar absehen, in welchen Bereichen der Innovationsprozeß besonders virulent sein wird, welche Berufsbranchen und Lebensbereiche von strukturellen Umwälzungen besonders hart betroffen sein werden. Aus dieser Unkenntnis resultiert Unsicherheit, die letztlich auch gewohnte Zusammenhänge zwischen Löhnen und Beschäftigung qualitativ ändern kann. Es läßt sich heute weniger sicher als in den vergangenen Jahrzehnten prognostizieren, wie ein Unternehmen auf eine bestimmte Lohnänderung reagieren wird, weil nicht mehr so leicht überschaut werden kann, wo sich Produktionsverfahren in der Entwicklung befinden, die den Bedarf an Arbeitskräften in quantitativer Hinsicht und in der qualitativen Hierarchie möglicherweise von Grund auf ändern könnten. In einer solchen Lage stellen konjunkturell stark flexible Löhne ein weiteres Element der Unsicherheit dar. „Mittelfristig orientierte Lohnpolitik“ soll nicht für besonders niedrige oder betont hohe Löhne sorgen, aber sie soll eine stabilere Entwicklung der Löhne bewirken.